

---

## Postulat P 8/26: Nichtbezug von Sozialleistungen reduzieren – Öffentliche Sensibilisierungskampagne einführen

---

Am 20. April 2026 haben die Kantonsräte Martin Raña und Jonathan Prelicz sowie Kantonsrätin Carmen Muffler folgendes Postulat eingereicht:

«Der Kanton Schwyz und allgemein die Schweiz hat ein dichtes Netz der sozialen Sicherheit mit verschiedenen Leistungen. Doch vielfach erreichen diese Leistungen ihre Zielgruppe nicht und die betroffenen Menschen verzichten darauf, obwohl sie Anspruch darauf hätten. Mehrere Untersuchungen ergaben hohe Nichtbezugsquoten. Die Gründe für den Nichtbezug sind vielfältig: Unwissen, Scham, Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung, Überforderung durch bürokratische Hürden, oder im Falle der Sozialhilfe Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen und Verschuldung bei Rückerstattungspflicht. In der Interpellation I 27/25 wurden einige mögliche Massnahmen zur Reduktion des Nichtbezugs aufgelistet.

In der Antwort der Regierung auf die Interpellation I 27/25 steht: "Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass der Nichtbezug von Sozialleistungen die Bekämpfung von Armut erschweren und für die betroffenen Personen weitreichende Folgen wie Verschuldung oder Verzögerung von notwendigen medizinischen Behandlungen haben kann. Dadurch können höhere Gesundheitskosten entstehen oder der Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt wird verzögert. Wenn Kinder im Haushalt leben, erhöht sich das Risiko der Vererbung von Armut, was wiederum Folgekosten nach sich zieht." Weiter steht, es sei zu prüfen, "inwiefern weitere Massnahmen auf die Verhältnisse im Kanton Schwyz übertragen werden könnten."

Gegen den Nichtbezug von staatlichen Sozialleistungen beschreitet der Kanton Jura einen neuen Weg. Im Mai und Juni jedes Jahres führt er eine öffentliche Sensibilisierungskampagne durch, um auf die staatlichen Unterstützungsangebote hinzuweisen und die Armut zu bekämpfen. Im öffentlichen Raum werden Plakate montiert, Inserate in Zeitungen geschaltet, an Bord sind auch Vereine, Kirchen und Gemeinden. Das Ziel der Aktion besteht darin, potenziell armutsbetroffene Personen zu mobilisieren. Sie können sich per SMS oder Onlineformular für ein vertrauliches Beratungsgespräch bei Sozialarbeiter/innen anmelden. Der Kanton Jura spricht von einem Erfolg, da die Internetseite ([www.JU-lien.org](http://www.JU-lien.org)) mit den Informationen mehrere tausend Mal angeklickt worden ist und eine hohe Anzahl von Personen ein Beratungsangebot wahrgenommen hat. Die Hauptgründe für den Nichtbezug sind laut dem Kanton Jura primär das fehlende Wissen und in geringerem Ausmass die Scham.

Der Kanton Jura befürchtet nicht, dass mit der öffentlichen Sensibilisierungskampagne die Staatsausgaben wachsen. Im Gegenteil, durch die frühzeitige Intervention kann Menschen in prekären Verhältnissen geholfen werden, bevor sie in den Strudel von Schulden und weiteren Problemen geraten, die die öffentliche Hand letztlich mehr kosten, wenn sie langfristig in der Sozialhilfe landen.

Eine Sensibilisierungskampagne wäre für unseren Kanton eine klare Verbesserung gegenüber dem Status quo. Damit kann schnell und effizient z.B. das Risiko der Vererbung von Armut minimiert werden.

Wir fordern den Regierungsrat auf, das Modell der öffentlichen Sensibilisierungskampagne des Kantons Jura zu prüfen und dem Kantonsrat entweder eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten oder geeignete alternative Massnahmen zu ergreifen, um ein vergleichbares, an die Verhältnisse des Kantons Schwyz angepasstes Konzept einzuführen.

Wir bedanken uns für das wohlwollende Aufnehmen unseres Anliegens.»